

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Wochentrends

Die erste Januarwoche in Russland war innenpolitisch bestimmt durch den beginnenden Präsidentschaftswahlkampf. Der von Putin nominierte Nachfolgekandidat Dmitrij Medwedew muss bei der russischen Wählerschaft populär gemacht werden. Deshalb unternahm er eine Tour durch Russland. Der 42-jährige Medwedew – Putin war mit 42 Jahren erst Erster Stellvertretender Oberbürgermeister von St. Petersburg – soll laut der PR-Strategie des Kreml das Image eines entschlossenen Modernisierers bekommen, denn er gilt eigentlich als eher reaktiv denn aktiv und initiativereich. Vielleicht hat ihn gerade deshalb Putin als Präsidentschaftskandidaten ausgewählt, unter dem er bereit ist, Premierminister zu sein. Der andere mögliche Präsidentschaftskandidat des Kreml, der Erste Stellvertretende Regierungschef, Sergej Iwanow als moderater Vertreter der Silowiki wäre für Putin eine zu selbständige Person gewesen, die sich nicht instrumentalisieren ließe.

Die Silowiki unter der Führung von Putins Kanzleichef und Stellvertretendem Leiter der Präsidentialadministration, Igor Setschin, hätten statt Medwedew, der den liberalen Zentristen zugerechnet wird, lieber einen der ihren an Spitze des Staates gesehen und sind bis zuletzt in diesem Sinne tätig gewesen. Setschin ist zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der staatlichen Ölgesellschaft ROSNEFT, die 2005 JUKOS schluckte. Durch die Nominierung von Medwedew hat sich die Gaslobby durchgesetzt und nicht die Öllobby, denn Medwedew ist nicht nur einer der beiden Ersten Stellvertretenden Regierungschefs, sondern auch Vorsitzender des Aufsichtsrats von GASPROM. Wenn die Silowiki schon ihren Kandidaten nicht durchsetzen konnten, werden sie versuchen, einen Präsidenten Medwedew später auf ihre Seite zu ziehen.

Die Silowiki gaben nicht auf und erreichten, dass die Inhaftierung des Stellvertretenden Finanzministers Sergej Stortschak, dem Unterschlagung von Staatsgeldern vorgeworfen wird, verlängert wird. Damit wird das Ziel verfolgt, die Reputation von Stortschaks Chef, Finanzminister Aleksej Kudrin, der seit verganginem Herbst zugleich einer der fünf stellvertretenden Regierungschefs ist, zu beschädigen, denn er hatte ersucht, Stortschak unter Zahlung einer Kautions aus der Untersuchungshaft frei zu bekommen. Auf der anderen Seite ist der vom silowikifreundlichen föderalen Steuerdienst geförderte Versuch, die Öl- und Gasindustrie Baschkiriens unter staatliche Kontrolle zu bekommen, inzwischen gestoppt.

Nach wie vor ist nicht absolut sicher, ob Putin nach dem Ende seiner zweiten Amtszeit tatsächlich das Amt des Regierungschefs übernehmen wird. In der Staatsduma wurde Ende Dezember ein Gesetz über den Status des Sicherheitsrats eingebracht. Daraus könnte der Schluss gezogen werden, dass Putin die Leitung des Sicherheitsrats übernehmen möchte. Vorsitzender des Sicherheitsrats ist bisher der Präsident. Hauptamtlich ist an diesem Koordinierungsorgan nur der Sekretär tätig. Von ihm hängt es weitgehend ab, ob der Sicherheitsrat eine größere politische Rolle spielt oder nicht. Frühere Sicherheitsratssekretäre waren u.a. Putin und Sergej Iwanow. Der Sicherheitsrat hat keine eigenen Kompetenzen, sondern nur Beratungsfunktion für den Präsidenten, der diesen Empfehlungen nicht nachkommen muss. Der Sicherheitsrat ist auf der Grundlage eines erweiterten Sicherheitsbegriffs tätig, der nicht nur die militärische Sicherheit umfasst, sondern auch die wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische sowie die Informationssicherheit. Ständige Sicherheitsratsmitglieder sind der Regierungschef und seine beiden Ersten Stellvertreter, die Vorsitzenden der beiden

Parlamenteskammern, die Minister des Äußeren, der Verteidigung und des Innern, der Leiter der Präsidentialadministration sowie die Chefs des Inlandsgeheimdienstes und des Auslandsnachrichtendienstes. Hinzu kommen dann noch weitere, nicht-ständige Mitglieder wie der Generalstabschef, die Minister für Finanzen, Justiz und Zivilverteidigung, die sieben Generalgouverneure und der Präsident der Akademie der Wissenschaften. Es ist allerdings auch nicht ausgeschlossen, dass Igor Setschin FSB-Chef wird und der jetzige Leiter des Inlandsgeheimdienstes, Nikolaj Patruschew, Sekretär des Sicherheitsrats.

Übersicht über die wichtigsten innenpolitischen Ereignisse

<i>Ereignis</i>	<i>Vorteilhaft für</i>	<i>Nachteilig für</i>	<i>Erwartung</i>
Konstituierende Sitzung der neugewählten Staatsduma			Erörterung von 600 Gesetzen während der Frühjahrssitzungsperiode
Boris Nemzow tritt von seiner Kandidatur für das Präsidentenamt zurück	Michail Kassjanow		Kassjanow wird die für die Registrierung erforderlichen 2 Mio. Unterschriften sammeln
Untersuchungshaft des Stellv. Finanzministers Sergej Stortschak wird verlängert	Silowiki	Aleksej Kudrin	Wahrscheinlich wird Stortschak freigelassen und andere Verdächtige werden angeklagt
Das 9. Arbitragegericht hob einen Beschluss von vieren auf, welche das Einfrieren der Öl- und Gasvermögenswerte Baschkiriens betreffen		Silowiki des Kreml, der Föderale Steuereinsatz	Die endgültige Entscheidung ist nach dem Mai 2008 zu erwarten
Dmitrij Rogosin wird neuer russischer Botschafter bei der NATO in Brüssel	Dmitrij Rogosin	Radikale nationalistische Kreise	Die moderaten Führer der nationalistischen Gruppierungen werden dem Kreml gegenüber loyaler sein
Veröffentlichung eines Interviews mit Aleksandr Woloschin (bis Okt. 2003 Leiter Präsidentialadministration) in der russischen Presse	Aleksandr Woloschin		Die informelle Kampagne zielt auf die Rückkehr von Woloschin in die große Politik
Gesetz über den Status des Sicherheitsrats wird in die Staatsduma eingebracht	Sergej Mironow, Silowiki		Die Diskussion des Gesetzes wird verschoben
Ehemaliger Gesundheits- und Sozialminister (bis September 2007) Michail Sarubow wird Berater Putins	Michail Sarubow	Rentner, Sozialhilfeempfänger, Veteranen usw., die Anfang 2005 gegen Sarubow demonstrierten, weil er die kostenlose Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel usw. monetarisierte	Ausarbeitung von notwendigen, aber unpopulären Sozialreformen

Langsamer Start des Präsidentenwahlkampfes

Die Frist für das Sammeln der für eine Registrierung als Präsidentschaftskandidat erforderlichen 2 Millionen Unterschriften geht zu Ende. Nachdem der von der „Union rechter Kräfte“ nominierte Kandidat Boris Nemzow seine beabsichtigte Kandidatur für die Präsidentschaftswahl zurückgezogen hat, verbleiben als mögliche alternative

Kandidaten der ehemalige Premier Michail Kassjanow und der Vorsitzende einer der ältesten alternativen Parteien Russlands, der „Demokratischen Partei Russlands“. Im Zentrum der Kandidatur steht Dmitrij Medwedew, der von der Partei „Einiges Russland“ (ER) aufgestellt wurde. Konkurrenten aus den in der Staatsduma vertretenen Parteien sind Gennadij Sjuganow für die KPRF und Wladimir Shirinowskij für die LDPR. Weil ihre Parteien in der Staatsduma Fraktionen haben, brauchen sie für ihre Registrierung keine Unterschriften zu sammeln.

Kassjanow erklärte am 8. Januar, dass er schon 1,7 Millionen Unterschriften gesammelt habe und bis zum 16. Januar 2,4 Millionen zusammenhaben werde. Es empfiehlt sich immer, mehr als 2 Millionen zu sammeln, weil die für die Registrierung zuständige Zentrale Wahlkommission in den Unterschriften Formfehler finden kann oder will und dann die Unterschrift nicht anerkennt. Z.B. moniert sie die Straße oder Hausnummer als falsch oder die fehlende Inlandspassnummer oder sie kritisiert, dass die Eintragung von mehreren Personen in derselben Handschrift gemacht wurde oder dass die Unterschrift fehlt. Der im vergangenen Frühjahr abgelöste damalige Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission und neue russische Botschafter in Lettland, Aleksandr Weschnjakow, kritisierte dies damals, weil auf diese Weise politisch unliebsame Kandidaten von zentralen oder regionalen Parlamentswahlen von Wahlkommissionen ausgeschlossen wurden.

Die Silowiki wollten lieber Premier Wiktor Subkow als Präsidentschaftskandidaten, der gute Verbindungen zu diesen Kreisen hat. Sein Schwiegersohn ist Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow. Außerdem hat Subkow beste Beziehungen zum Kaderchef des Kreml, FSB-Generalleutnant Wiktor Iwanow. In ihrem Kampf gegen die Liberalen haben sich die Silowiki den stellvertretenden Premier und Finanzminister Aleksej Kudrin ausgesucht. Der abschlägige Bescheid auf Kudrins Bitte, seinen Stellvertreter Sergej Stortschak unter Kautionshaftung zu entlassen, sondern diese bis April zu verlängern, kam nicht vom kürzlich geschaffenen Untersuchungsausschuss unter Aleksandr Bastrykin, das eng mit den Silowiki verbunden ist, sondern von der Generalstaatsanwaltschaft unter Jurij Tschajka, die in Konflikt mit dem Untersuchungsausschuss steht.

Die Nominierung von Medwedew führt zu einem Wechsel in der Ausrichtung von Regierungskräften. Der Leiter der Abteilung für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus im Innenministeriums, Sergej Meschtscherjakow, der bisher ein Protégé der Kreml-Silowiki war, beginnt, Generalstaatsanwalt Tschajka zu unterstützen. Der Grund dafür ist die fehlende Bereitschaft der Silowiki, die Ambitionen von Meschtscherjakow zu unterstützen, Innenminister Rashid Nurgalijew abzulösen. Tschajka und sein Bundesgenosse in der Präsidentschaftsadministration, sein Freund Nadir Chapsirokow, unterstützen nun die Ernennung von Meschtscherjakow zum Leiter der Hauptverwaltung für Kontrolle der Präsidentschaftsadministration.

Medwedew beginnt die Medien mehr zu dominieren als Putin. An der feierlichen Mitternachtsmesse am russischen Heiligen Abend, am 6. Januar in der Christus-Erlöser-Kathedrale in Moskau, die Patriarch Aleksej II. zelebrierte, nahm Medwedew teil, nicht Putin. In den nächsten Monaten muss Medwedew zwei Tests bestehen. Anfang Januar besuchte Medwedew die vom Wählerverhalten problematischen Gebiete Murmansk und Kaliningrad (ehemals Königsberg). Später wird er noch weitere wahlproblematische Regionen aufsuchen. Wenn die Umfragen in diesen Regionen dann bessere Resultate aufweisen als die Zustimmungsraten zu ER bei der letzten Staatsdumawahl, dann kann Medwedew als ein selbständiger Kandidat mit einem breiten Elektorat betrachtet werden. Wenn das Umfrageergebnis für ihn schlecht ist, dann kann angenommen werden, dass er als ein „technischer“ Kandidat einzuschätzen ist, der nur die Rolle eines Platzhalters für Putin spielt.

Der zweite Test betrifft die Legitimation Medwedews in der Elite. Medwedew muss als Präsident Putin ersetzen als Garant für das Fortbestehen der bestehenden Machtbalance. Sollten Medwedews Aktionen bei einem wichtigen Teil des russischen Establishments auf große Unzufriedenheit stoßen, wird sich Putin darum kümmern müssen.

Medwedew kündigte an, dass er sein Wahlprogramm bald verkünden werde. Er bekräftigte seine Reputation als „moderater Liberaler“, der die wichtigsten Zweige der Wirtschaft modernisieren möchte. Vor allem sei es notwendig, das notleidende Rentensystem zu modernisieren. Unmittelbar nach seiner Inauguration und der Bildung einer neuen Regierung und der Präsidialadministration werden wir vielleicht eine neue Welle von Reformen erleben, die zweideutige Konsequenzen für die Stabilität der russischen Politik haben könnten. Medwedew versucht klar zu machen, dass eines seiner Hauptziele als Präsident sein wird, Russland einen Modernisierungsimpuls zu geben, nachdem in den letzten Jahren alle Reformen eingefroren worden waren, nicht zuletzt mit Blick auf die Wahlen. Wenn die weltwirtschaftlichen Bedingungen für Russland (hohe Energiepreise bei steigender Nachfrage) weiterhin so günstig bleiben, dürfte dieser Kurs Zustimmung bei der Bevölkerung finden und im Großen und Ganzen erfolgreich sein.

Es kann wohl davon ausgegangen werden, dass Medwedew schon beim ersten Wahlgang mehr als 50 % der Stimmen bekommen wird, so dass eine Stichwahl am 23. März zwischen den beiden am besten platzierten Kandidaten nicht nötig sein wird. Für Putin wäre es natürlich wichtig, dass Medwedew deutlich mehr als 50 % der Stimmen erhält, am besten in der Nähe von Putins letztem Wahlergebnis von 2004 in Höhe von 71,2 %. Denn sonst könnte man denken, dass Putins Kandidat doch keine sehr gute Wahl war, was sich negativ auf das Image Putins auswirken würde.

Prognose: Der Politikampf zwischen den verschiedenen Elitengruppen wird beim Heranrücken des Wahltermins zunehmen. Die Machtclans teilen sich in zwei Gruppen: die Befürworter und die Gegner Medwedews. Nach seiner Vereidigung als neuer Präsident, die für den 8. Mai geplant ist, werden diese beiden Clans wieder in verschiedene kleinere Gruppierungen zerfallen, so dass wir wieder das polyzentrische Machtfeld haben wie vor den Wahlen, denn die Erwartungen vieler Unterstützer Medwedews an den neuen Präsidenten und die Befürchtungen seiner Gegner werden gegenüber der Realität keinen Bestand haben.

In den nächsten Wochen werden die nationalen Projekte (Gesundheit, Wohnung, Bildung, Landwirtschaft), die Medwedew leitet, wiederbelebt werden. Ihre positiven Ergebnisse werden als seine persönlichen Erfolge interpretiert werden. Medwedews moderat-liberale Rhetorik wird fortgesetzt werden und er wird seine Versprechen wiederholen, als Präsident am „Putin-Programm“ festzuhalten und steigende Sozialinvestitionen der Regierung vorzunehmen. Die unpopulären Reformen werden nicht vor 2009 beginnen, damit sie nicht mit den Berichten über die hohen Inflationsraten zeitlich zusammenfallen. Dies wird die ärgerlichen Reaktionen der Bevölkerung verringern, die psychologisch für das Ende der „sieben fetten Jahre“ bereit ist.

Die neue Staatsduma

Am 24. Dezember 2007 trat die am 2. Dezember gewählte Staatsduma zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen, etwa drei Wochen früher als sonst, weil Putin das so wollte. Die nach dem neuen Wahlgesetz gewählte erste Parlamentsskammer wurde nur noch nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Die Fraktionsstärken haben sich gegenüber der letzten Wahl in 2003 trotzdem kaum verändert. Die größte Fraktion mit 315 Abgeordneten (70,00 %) stellt die Machtpartei „Einiges Russland“ (ER), gefolgt von der einzigen Oppositionspartei in der Staatsduma, die aber inzwischen auch eine

Systempartei geworden ist, der „Kommunistischen Partei der Russischen Föderation“ (KPRF) mit 57 Abgeordneten (12,67 %), der nationalistisch-populistischen „Liberal-Demokratischen Partei Russlands“ (LDPR) mit ihrer oppositionellen Rhetorik, die aber bei wichtigen Abstimmungen immer im Sinne des Kreml votiert, mit 40 Abgeordneten (8,89 %) und der neuen zweiten Machtpartei „Gerechtes Russland“ (GR) mit 38 Abgeordneten (8,44 %).

Boris Gryslow wurde als Parlamentspräsident wiedergewählt, und er leitet weiterhin die Fraktion von „Einiges Russland“. Eigenartig diese Personalunion. Sein Erster Stellvertreter Oleg Morosow ist ebenfalls ER-Mitglied. Die neun übrigen Stellvertreterpositionen wurden unter den Parteien aufgeteilt, wobei die ER mit sechs dominiert, so dass für die drei anderen Parteien jeweils einer übrig blieb: für den stellvertretenden KPRF-Vorsitzenden Iwan Melnikow, für den LDPR-Vorsitzenden Wladimir Shirinowskij und für den GR-Vertreter Aleksandr Babakow.

Die Leitung der 32 Komitees, bei uns Ausschüsse, der Staatsduma, wurde nicht mehr so brutal wie bei dem letzten Parlament nur an die ER-Mitglieder vergeben, sondern die anderen Fraktionen durften auch einige übernehmen, und zwar je zwei. So leiten die Kommunisten die Komitees für Industrie und Nationalitätenfragen, die LDPR das GUS- und das Jugendkomitee und GR das Wissenschaftskomitee sowie das Komitee für Frauen, Familien und Kinder. Bei einigen Komitees wurde die Zahl der Mitarbeiter reduziert. So hat das Komitee für Haushalt und Steuern nur 50 statt wie bisher fast 100 Mitarbeiter. Im Gegensatz zu früher, als das Komitee zusammen mit dem Finanzministerium in einem längeren Prozess den Haushalt aufstellte, reduziert sich die Rolle des Komitees nur noch auf eine technische, weil der Haushaltsaufstellungsprozess von der Exekutive allein durchgeführt wird.

8,9 % oder 40 Abgeordnete sind aktive oder ehemalige Offiziere bzw. Mitarbeiter des Militärs oder der Geheimdienste. Diese Gruppe wird mit dem Sicherheits- und mit dem Verteidigungskomitee zusammenarbeiten, um ihre Interessen zu lobbyieren.

Auf seiner ersten Arbeitssitzung am 11. Januar 2008 kündigte Gryslow an, dass die Staatsduma 600 Gesetzentwürfe in der Frühjahrssitzungsperiode behandeln will, 37 von ihnen vorrangig. 28 von diesen wurden von der Regierung eingebracht und zwei von der Präsidentialadministration. Acht Gesetzentwürfe betreffen die Staats- und die Verfassungsstruktur, acht Wirtschaftsfragen, weitere acht Haushaltsfragen und nochmals acht Verteidigungs- und Sicherheitsprobleme. Ferner plant die Staatsduma, eine „Regierungsstunde“ einzuführen, in der Regierungsvertreter Fragen der Abgeordneten beantworten.

Die ER-Fraktion will den Schwerpunkt ihrer parlamentarischen Arbeit auf die sozio-ökonomischen Fragen legen. Es sollen die Einkommen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wie wir es ausdrücken würden, sowie die Renten erhöht werden.

Prognose: Die verschiedenen Lobbygruppen werden versuchen, auf wichtige Komitees Einfluss zu nehmen, um so möglichst früh den Gesetzgebungsprozess in ihrem Sinne zu steuern.

Verantwortlich für den Inhalt: Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt

Impressum

Chefredaktion
Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse
Claudia Dressler
Steubstrasse 8
81925 München
F: +49.89.98 109.446
T: +49.89.98 109.448
cd@partners-for-public-affairs.com

www.partners-for-public-affairs.com

Herausgeber
Drooghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38